

Hürdenlauf Immobilienkauf



Immobilien. Wer aktuell ein Haus oder eine Wohnung kaufen will, hat es so schwer wie lange nicht. Denn erschwinglicher Wohnraum ist knapp. Das liegt an den stark gestiegenen Kosten und Zinsen, die es selbst solventen Kaufinteressenten schwer machen, eine bezahlbare Immobilie zu finden. Ob Abwarten aktuell die richtige Strategie beim Immobilienerwerb ist und wie die Politik Selbstnutzer bei der Grunderwerbsteuer entlasten könnte, erläutert IW-Immobilienökonom Michael Voigtländer im Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Krankenstand

Rund 18 Krankheitstage hatten Arbeitnehmer in Deutschland im Jahr 2021 im Schnitt. Stark gestiegen ist zuletzt die Zahl der Tage, an denen Kinderkrankengeld floss.

—> [Seiten 6-7](#)

Altersversorgung

Frührentner, die mit Abschlägen in Rente gehen, verzichten auf einen Teil ihrer Bezüge, doch um den Beitragsausfall auszugleichen, müssten die Abschläge höher sein.

—> [Seiten 14-15](#)

Wer kann das bezahlen?

Immobilien. Weil alles teurer wird, können viele Verbraucher ihren Traum vom Eigenheim derzeit nicht realisieren. Das hat auch Auswirkungen auf den Mietmarkt: Weil immer weniger Neu-Eigentümer ins selbst genutzte Objekt ziehen, werden Mietwohnungen knapp und damit teurer. Deshalb sollte die Politik zügig Instrumente entwickeln, um das Wohneigentum zu fördern.

Es scheint, als würden globale Krisen die Sehnsucht nach den eigenen vier Wänden befeuern: Mehr als 70 Prozent der Mieter in Deutschland träumen vom Wohneigentum, fand die Friedrich-Naumann-Stiftung

vergangenen Sommer heraus. Von den 18- bis 25-Jährigen gaben sogar 93 Prozent an, später eine eigene Immobilie erwerben zu wollen. Der Wunsch nach Wohneigentum ist in Deutschland in den vergangenen

Jahren konstant gewachsen – aber ist er angesichts rasant steigender Kosten auch realistisch?

Dieser Frage ist das Institut der deutschen Wirtschaft nun im Rahmen eines Gutachtens für die Deutsche Reihenhaus AG nachgegangen. Die Quintessenz lautet: Der Anteil des erschwinglichen Wohnraums hat sich im Jahr 2022 deutlich reduziert, und zwar für alle Einkommensklassen. Selbst für finanzstarke Kaufinteressenten hat sich das Angebot an bezahlbarem Wohneigentum merklich verkleinert, wie eine Auswertung der online inserierten Wohnimmobilien zeigt (Grafik):

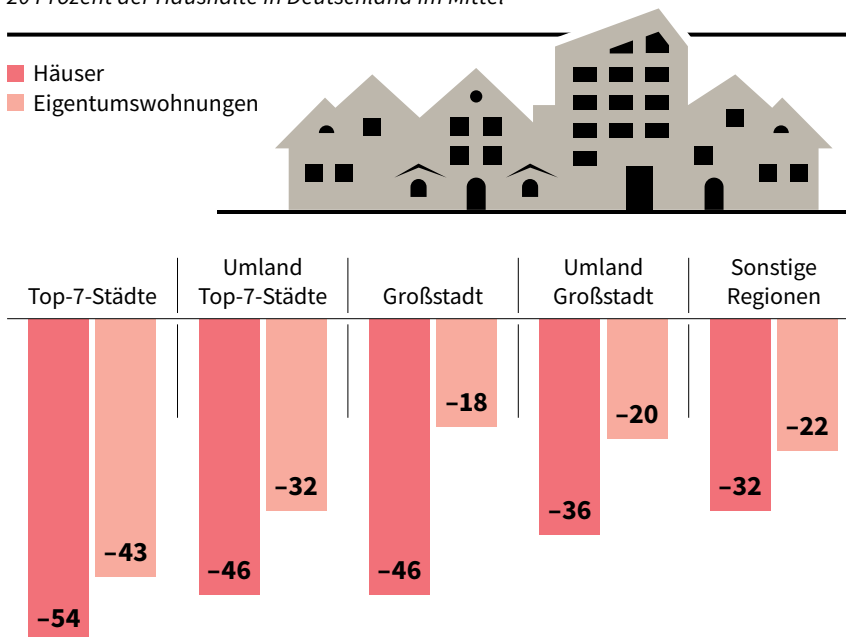
Für die einkommensstärksten 20 Prozent der Haushalte ist das erschwingliche Häuserangebot in den Ballungszentren im dritten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im Mittel um rund die Hälfte zurückgegangen.

Selbst im großstädtischen Umland und in ländlichen Regionen reduzierte sich das Häuserangebot für diese Klientel um jeweils ein Drittel. Und auch die Offerten an erschwinglichen Eigentumswohnungen gingen stark zurück, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt wie die an Häusern.

Es gibt mehrere Gründe, warum sich die Menschen in Deutschland

Immobilien: In Großstädten oft unerschwinglich

Um so viel Prozent sank das Angebot an erschwinglichen Immobilien im dritten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahresquartal für die einkommensstärksten 20 Prozent der Haushalte in Deutschland im Mittel



Top-7-Städte: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, Stuttgart

Häuser: Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser;

Eigentumswohnungen: mit mindestens drei Zimmern

Annahmen: Die Haushalte finanzieren 80 Prozent des Kaufpreises und tilgen das Darlehen innerhalb von 25 Jahren. Außerdem wenden die Haushalte höchstens 30 Prozent ihres Einkommens für die Zins- und Tilgungszahlungen auf.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

mit der Wohneigentumsbildung aktuell so schwertun:

Die **Baukosten** sind stark gestiegen. Bis zum Ende der 2010er Jahre verteuerten sich die Kosten für Wohngebäudeneubauten sowie die Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen um durchschnittlich 3 Prozent im Jahr. Seit Mitte 2021 stiegen die Baupreise mit zweistelligen Wachstumsraten, 2022 nahm die Dynamik der Preissteigerungen noch weiter an Fahrt auf.

Die Kostenexplosion ist vor allem auf deutlich teureres Baumaterial zurückzuführen – Flachglas und Betonstahlplatten etwa kosten derzeit fast doppelt so viel wie vor einem Jahr. Die Kosten für Handwerker haben sich zuletzt ebenfalls erhöht.

Auch die **hohe Inflation** erschwert den Immobilienerwerb: Teurere fossile Energien haben zum Beispiel zu einer Preissteigerung für Haushaltsenergie von 55 Prozent binnen eines Jahres geführt. Weil alles teurer wird, verbleibt Verbrauchern weniger freies Einkommen, das in die Eigenkapitalbildung fließen könnte.

Die **gestiegenen Hypothekenzinsen** verteuern zudem die Finanzierung. Die Deutsche Bundesbank registrierte im dritten Quartal 2022 einen durchschnittlichen Zinssatz von 3,1 Prozent für Darlehen mit einer Zinsbindung von zehn Jahren. Das entspricht einer Verdopplung innerhalb von einem Jahr. Für Haushalte, die ihr Immobiliendarlehen mit einer fixen monatlichen Summe abbezahlen, verlängert sich dadurch die Kreditlaufzeit (Grafik):

Ein Darlehen über 400.000 Euro, das mit monatlich 1.500 Euro zurückgezahlt wird, ist bei einem Zinssatz von 1 Prozent nach 25 Jahren vollständig getilgt, bei einem Zinssatz von 3 Prozent erst nach 37 Jahren.

Immobilienfinanzierung: Der Einfluss der Hypothekenzinsen

So viele Jahre dauert es, ein Immobiliendarlehen von 400.000 Euro mit einer monatlichen Zins- und Tilgungsrate von 1.500 Euro zurückzuzahlen, wenn der Zinssatz ... Prozent beträgt



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Außerdem erhöhen sich die Zinszahlungen bei steigenden Hypothekenzinsen. Bei einem Zinssatz von 1 Prozent zahlen Kreditnehmer in der Beispielrechnung rund 52.000 Euro Zinsen, bei einem Zinssatz von 2 Prozent sind es bereits knapp 130.000 Euro.

Auch **politische Maßnahmen** haben die Wohneigentumsbildung im Jahr 2022 ausgebremst oder zumindest verteuert. Fördermaßnahmen wurden eingeschränkt oder ganz beendet. So ist das Baukindergeld, das förderfähigen Haushalten 12.000 Euro Wohneigentumsförderung je Kind bescherte, 2022 ersatzlos ausgelaufen.

Das alles hat dazu geführt, dass weniger Wohnungen und Häuser als früher gekauft wurden. Ein Indiz dafür ist die Zahl der veröffentlichten Online-Immobilieninserate. Jahrelang waren die Zahlen rückläufig, doch vergangenes Jahr hat sich diese Entwicklung gedreht:

Im Oktober 2022 wurden deutschlandweit 60 Prozent mehr Ein- und Zweifamilienhäuser inseriert als zu Jahresbeginn, bei den Eigentumswohnungen betrug

das Plus immerhin noch 41 Prozent.

Fast verdoppelt haben sich die Inserate für Häuser aus den 1960er Jahren. Hier ist die Kaufzurückhaltung aufgrund der unterdurchschnittlichen Bausubstanz und den daraus resultierenden hohen Energiekosten besonders hoch.

Eine wichtige Rolle spielen auch die Immobilienpreise selbst (Grafik Seite 4):

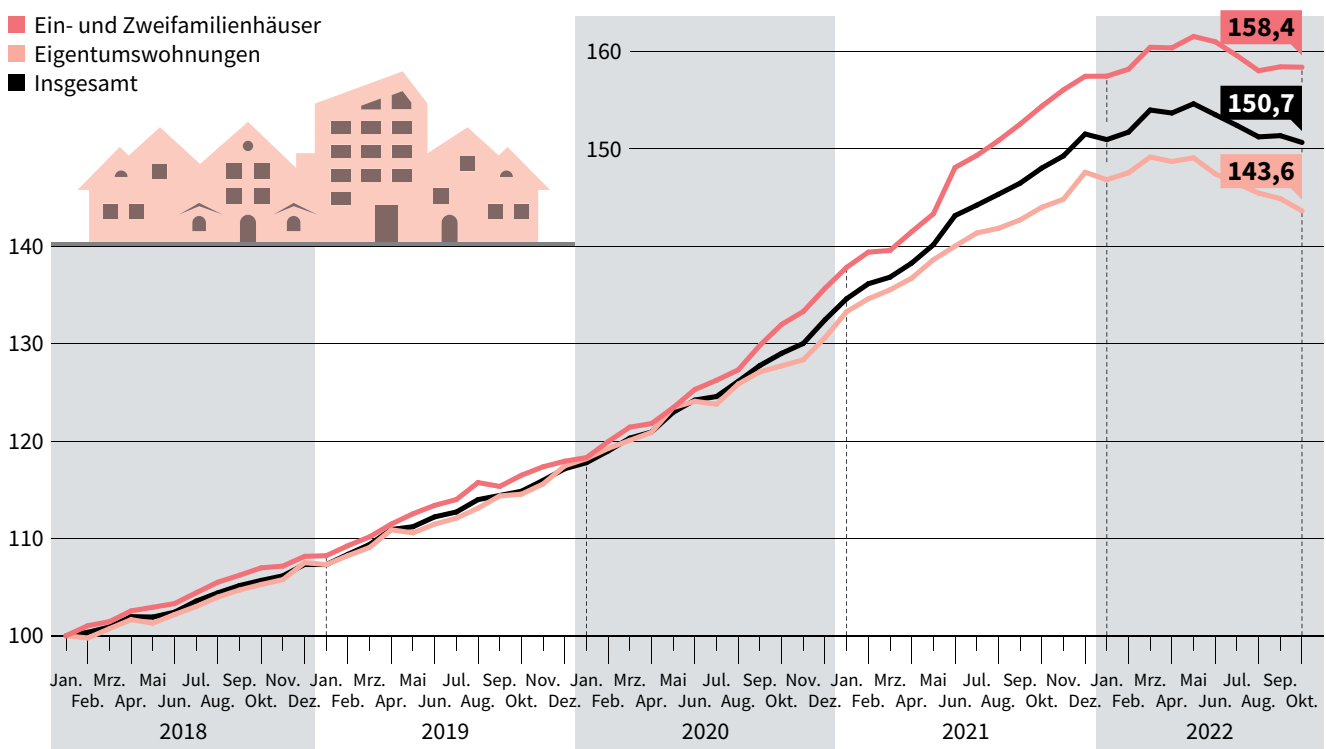
Die Kaufpreise für Wohneigentum in Deutschland sind zwischen Januar 2018 und Mai 2022 um rund 55 Prozent gestiegen.

Seitdem sind die Preise für online inserierte Häuser und Wohnungen leicht rückläufig. Dennoch verhalten sich potenzielle Käufer bislang abwartend.

Diese Kaufzurückhaltung wirkt sich auch auf dem Mietwohnungsmarkt aus. Vor der Energiekrise bildeten jedes Jahr annähernd 400.000 Haushalte selbst genutztes Wohneigentum, wovon zwei Drittel zuvor zur Miete gewohnt haben. Anders gesagt: Bislang machten gut

Immobilien: Die Preisrallye ist vorerst beendet

So entwickelten sich die Preise für neu inserierte Ein- und Zweifamilienhäuser sowie für Eigentumswohnungen in Deutschland, Januar 2018 = 100



Quellen: Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

250.000 Haushalte jedes Jahr eine Mietwohnung frei, in die neue Mieter einziehen konnten. Bleibt diese Umzugskette nun aus, droht der Mietwohnungsmarkt zu verstopfen, was sich bei konstantem Mietangebot kurz- bis mittelfristig in steigenden Mietpreisen niederschlägt. Tatsächlich lagen die Mietpreise im Oktober bereits um 4,6 Prozent über denen des Vorjahres, vor 2022 betrug die jährlichen Preisaufschläge etwas weniger als 3 Prozent. Besonders stark stiegen die Mieten zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg, also dort, wo die Mieten bisher noch günstig waren.

Wie ließe sich die angespannte Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt lösen? Das IW rät zu einer Unterstützung der Wohneigentums-

bildung und schlägt konkret drei Maßnahmen vor:

Erstens: ein **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer**, da so mehr Eigenkapital für den Haus- oder Wohnungskauf zur Verfügung steht. In der Region Brüssel gibt es dieses Modell bereits. Hier wird den Haushalten beim Wohnimmobilienerwerb ein Freibetrag von 150.000 Euro zugestanden, für die keine Grunderwerbsteuer gezahlt werden muss. Finanziert werden könnte das Ganze entweder dadurch, dass der Grunderwerbsteuersatz für Kapitalanleger leicht steigt oder das System auf eine progressive Grunderwerbsteuer umgestellt wird.

Zweitens sollten **Nachrangdarlehen** angeboten werden, also eigenkapitalersetzende Darlehen. Damit würde der Käuferkreis erweitert.

Und drittens könnte man nach niederländischem Vorbild auch in Deutschland **Hypothekenversicherungen** einführen. Sie stellen sicher, dass die fälligen Hypothekenraten auch im Fall von Arbeitslosigkeit, Tod des Partners, Scheidung oder Erwerbsunfähigkeit weitergezahlt werden. Dies gibt nicht nur den Immobilienkäufern Sicherheit, sondern auch den Banken, die so ihre Eigenkapitalanforderungen reduzieren können.

Gutachten

Pekka Sagner, Michael Voigtländer:
Neue Herausforderungen für die Wohneigentumsbildung – Auswirkungen der neuen Rahmenbedingungen auf Nachfrage und Erschwinglichkeit
iwkoeln.de/wohneigentumsbildung

Interview. Die hohe Inflation und die hohen Zinsen für Immobilien-darlehen führen dazu, dass in Deutschland weniger Wohnungen und Häuser gekauft werden. Um die Wohneigentumsquote zu fördern, plädiert IW-Immobilienexperte **Michael Voigtländer** für Entlastungen, zum Beispiel bei der Grunderwerbsteuer.

„Viele sind in Schockstarre“



Foto: IW Medien

Viele Kaufinteressenten warten derzeit ab. Ist das die richtige Strategie?

Die schnelle Veränderung der Rahmenbedingungen – die stark gestiegenen Zinsen und die vielen großen Unsicherheiten – lässt tatsächlich viele Interessenten in einer Schockstarre zurück. Ich glaube nicht, dass die Immobilienpreise deutlich sinken werden, aber möglicherweise tut sich etwas bei den Zinsen. Insofern ist es nicht unbedingt falsch, abzuwarten.

Ist diese Zurückhaltung beim Wohneigentums-erwerb ein Problem?

Grundsätzlich sind Mieten und Kaufen Substitute, man kann beides machen. Aufgrund der Probleme in der Altersvorsorge wäre es jedoch sinnvoll, wenn mehr Menschen Wohneigentum erwerben würden, weil Eigentum ein Bestandteil der Altersvorsorge ist. Im Vergleich zu anderen Ländern stellen wir zudem fest, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland höher ist – mehr Wohneigentum würde dazu beitragen, dass die Vermögen gleichmäßiger verteilt sind.

Hinzu kommt, dass die Mieten im vergangenen Jahr stark gestiegen sind, vor allem in den Großstädten werden die Mieten aufgrund des knappen Angebots wahrscheinlich noch weiter steigen. Und Wohneigentum stellt einen Schutz vor Mietsteigerungen dar, denn für den Eigentümer sind die Wohnkosten aufgrund der langfristigen Hypothekendarlehen ja fix.

In der Schweiz ist die Wohneigentumsquote noch niedriger als in Deutschland, da stört das offensichtlich niemanden ...

Das stimmt, das kann auch funktionieren und es hat ja auch bei uns sehr lange gut funktioniert. Wir haben in Deutschland aber im vergangenen Jahrzehnt den großen Fehler gemacht, dass nicht mehr Menschen die Chance ergriffen haben, Wohneigentum bei geringeren Kosten als heute zu bilden. Leider konnten viele Menschen dies

mangels ausreichenden Eigenkapitals nicht tun. Momentan ist Mieten in etwa gleich teuer wie Kaufen, aber ich gehe davon aus, dass die Hypothekenzinsen langfristig wieder sinken werden. Dann wird das Wohnen im Eigentum wieder günstiger.

Normalerweise sinken die Preise, wenn die Nachfrage stagniert. Warum funktioniert dieser Mechanismus auf dem Immobilienmarkt derzeit nicht?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Zurzeit steigen die Mieten deutlich und wenn die Mieten steigen, trägt dies zu einer Preisentwicklung insgesamt bei. Zweitens gehen viele Marktakteure davon aus, dass die jetzige Zinssteigerung nur ein temporäres Phänomen ist und wenn die Inflation wieder sinkt, auch die Zinsen sinken werden. Die gestiegenen Zinsen sprechen also noch nicht dafür, dass die Preise nachgeben müssen.

Und ein dritter Faktor ist, dass die niedrigen Zinsen der vergangenen Jahre bei den Immobilienpreisen noch nicht vollständig angekommen waren, man aufgrund der Zinsentwicklung also sogar höhere Preise erwarten konnte. Das trägt dazu bei, dass der Markt nun nicht besonders schnell auf Zinssteigerungen reagiert.

Sie plädieren für neue Förderinstrumente. Welche?

Der Zugang zu Wohneigentum sollte wieder leichter werden, besonders für Selbstnutzer. Selbstnutzer können beispielsweise, anders als Kapitalanleger, die Erwerbsnebenkosten nicht von der Steuer absetzen. Deshalb sollten Selbstnutzer bei der Grunderwerbsteuer entlastet werden. Auch vergleichsweise günstige Maßnahmen wie eigenkapitalersetzende Darlehen halte ich für sinnvoll.

Ist die Grunderwerbsteuer zu hoch?

Definitiv! Für Selbstnutzer sollte sie sinken, diese Möglichkeit ist auch im Koalitionsvertrag so angelegt. Leider ist das bis jetzt noch nicht umgesetzt worden, denn diese Steuer steht den Ländern zu und die Bundesländer beharren auf dieser Einnahme.

Krankenstand trotz Corona stabil

Krankenstand. Im Schnitt war 2021 jeder Arbeitnehmer in Deutschland für 18,2 Tage krankgeschrieben. Damit bleibt der Krankenstand auf stabilem Niveau, obwohl die Coronavariante Omikron für viele Ausfälle in den Belegschaften gesorgt hat. Steil nach oben zeigen dagegen die Kosten für Unternehmen: Etwa 77,7 Milliarden Euro mussten Betriebe in Deutschland 2021 für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben, fünf Jahre zuvor waren es 61 Milliarden Euro. Die Gründe: Jährliche Lohnsteigerungen treiben die Ausgaben ebenso in die Höhe wie der Beschäftigungszuwachs im vergangenen Jahrzehnt und die Alterung der Belegschaften.

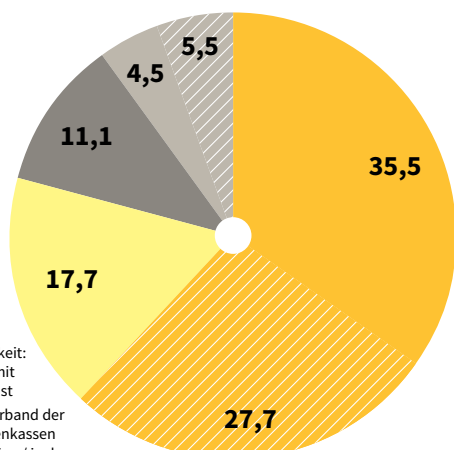


Viele nur für kurze Zeit krank

Wie in den Jahren zuvor entfiel auch 2021 das Gros der Krankenschreibungen auf kurzzeitige Erkrankungen: Zwei Drittel sind nach spätestens einer Woche erledigt. Aufgrund der Impfungen ist selbst eine Coronainfektion meist nach ein bis zwei Wochen überstanden. Langwierige Erkrankungen machen zwar nur rund 10 Prozent der Krankheitsfälle aus, führen aber bei einer Genesungsdauer von durchschnittlich mehr als vier Wochen zu besonderen Herausforderungen für die Betriebe.

So viel Prozent der Krankheitsfälle 2021 dauerten ...

- ... 1 bis 3 Tage
- ... 4 bis 7 Tage
- ... 1 bis 2 Wochen
- ... 2 bis 4 Wochen
- ... 4 bis 6 Wochen
- ... mehr als 6 Wochen

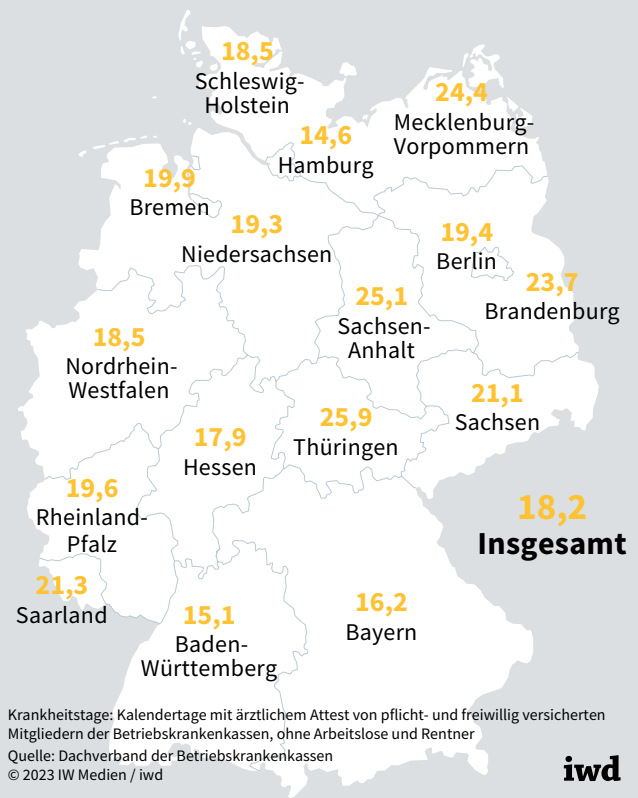


Arbeitsunfähigkeit: Kalendertage mit ärztlichem Attest
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2023 IW Medien / iwd

Eine Frage der Region

Sind die Thüringer kränker als die Schwaben, genesen Patienten an der Waterkant schneller? Eher nicht, denn die Statistik erfasst die Krankmeldungen von Beschäftigten, nicht die der gesamten Bevölkerung. Die Unterschiede ergeben sich aus dem regionalen Branchenmix, den regional variierenden Unternehmensstrukturen und der damit einhergehenden unterschiedlichen Bedeutung der einzelnen Berufsgruppen.

■ Krankheitstage 2021 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen

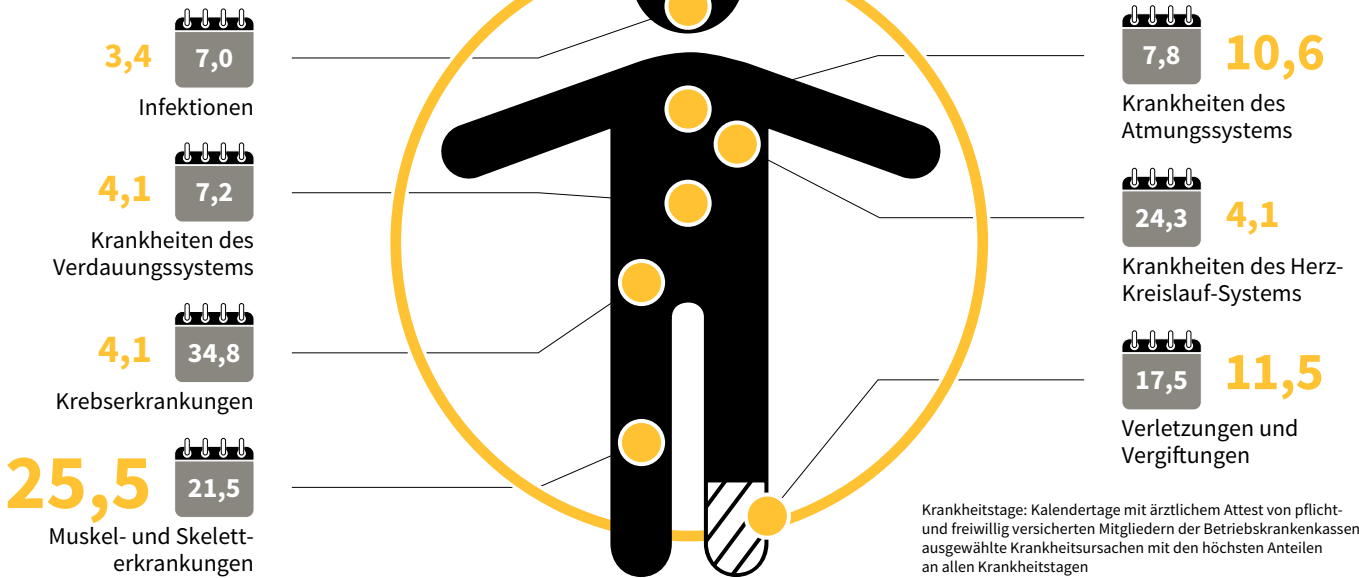


Seelisches Leid besonders langwierig

Mit steigendem Alter treten vermehrt Verschleißerscheinungen auf. So ist rund ein Viertel aller Krankheitstage auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurückzuführen. In keiner anderen Krankheitsart steigen die Ausfälle mit dem Alter so stark. Psychische Erkrankungen treten zwar seltener auf, verursachen aber die längsten Ausfallzeiten je Fall. Umgekehrt ist es bei den Atemwegs-erkrankungen: Sie treten vergleichsweise häufig auf, sind im Schnitt aber nach gut einer Woche ausgestanden.

So viel Prozent der Krankheitstage entfielen 2021 auf ...

■ Krankheitstage je Fall



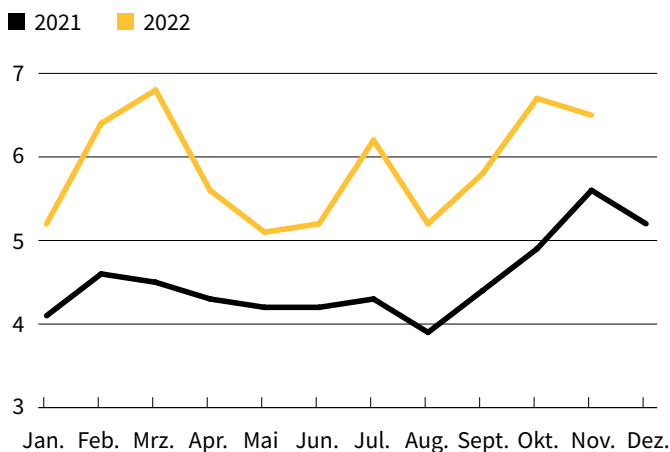
Krankentage: Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflicht- und freiwillig versicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen; ausgewählte Krankheitsursachen mit den höchsten Anteilen an allen Krankheitstagen

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Die Erkältungswellen sind zurück

Die Erkältungswelle rollt seit dem Frühjahr 2022 durchs Land. Der Wegfall von Kontaktbeschränkungen, die Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens und die Lockerungen bei der Maskenpflicht tragen alle zum Revival von Husten, Schnupfen und Fieber bei. Krankgemeldete in Prozent aller beschäftigten Mitglieder der Betriebskrankenkassen



Auswertung einer Stichprobe; krankgemeldete Mitglieder: arbeitsunfähig mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

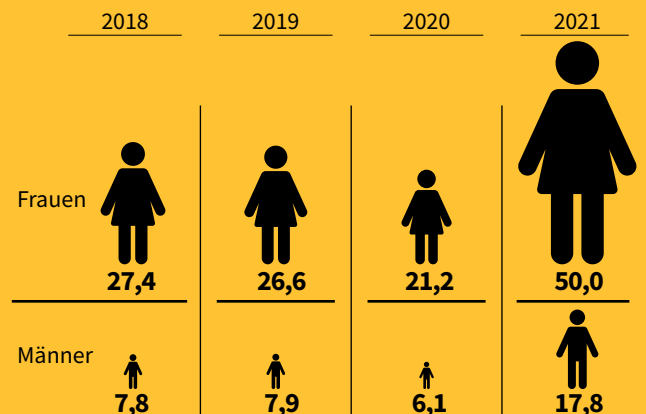
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Betreuung kranker Kinder ist weiblich

Wenn der Nachwuchs krank im Bett liegt, haben Eltern bei entsprechendem Attest die Möglichkeit, ihr Kind zu Hause zu pflegen und Kinderkrankengeld von ihrer Kasse zu erhalten. In der Pandemie hat der Gesetzgeber die Ansprüche der Eltern deutlich ausgeweitet – zum Beispiel für den Fall, dass die Kita wegen Corona schließen muss. Das erklärt den Sprung der Inanspruchnahme im Jahr 2021. Geblieben ist aber das Muster, dass meist die Mütter in Betreuungsfragen einspringen.

Kinderkrankengeldtage je 100 beschäftigte Mitglieder der Betriebskrankenkassen



Arbeitsunfähigkeit: Kalendertage mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Gesund am Arbeitsplatz

Betriebliche Gesundheitsförderung. Viele Arbeitgeber investieren zunehmend in die Gesundheit ihrer Beschäftigten. Das hat positive Effekte für beide Seiten.

Die Kosten für Unternehmen durch die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall schießen in die Höhe (siehe Seiten 6–7). Ein Hebel, um dem rasanten Anstieg entgegenzuwirken, kann die betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) sein. Sie hat zum Ziel, Belastungen zu verringern und Krankheiten vorzubeugen, um die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten zu erhalten und zu fördern.

Verbreitete Maßnahmen sind Bewegungsangebote, Ernährungsberatungen, Seminare zur Stressbewältigung oder Gesundheitszirkel. In den vergangenen Jahren sind

zudem Instrumente in den Fokus gerückt, die die individuelle Resilienz stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Von einer guten betrieblichen Gesundheitsförderung profitieren auch die Arbeitgeber: In einer Befragung von 18.000 Erwerbstätigen durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin aus dem Jahr 2018 gaben 86 Prozent der Beschäftigten von Unternehmen mit BGF-Angeboten an, zufrieden mit ihrem Betriebsklima zu sein. In den Firmen, die keine Gesundheitsvorsorge betreiben, lag der Wert um 5 Prozentpunkte niedriger.

So ist es nicht verwunderlich, dass Unternehmen immer stärker in die Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter investieren (Grafik):

Im Jahr 2020 gaben die Arbeitgeber in Deutschland mehr als 1 Milliarde Euro für gesundheitsfördernde Maßnahmen aus – eine Zunahme von gut 40 Prozent gegenüber 2010.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen und der privaten Krankenkassen für die betriebliche Gesundheitsförderung schießen ebenso in die Höhe. Erstere sind seit 2016 gesetzlich dazu verpflichtet, je Versicherten mindestens 2 Euro pro Jahr dafür aufzuwenden. Für die privaten Kassen und die Arbeitgeber gilt dies nicht – beide profitieren aber von einem höheren Gesundheitslevel unter ihren Mitgliedern beziehungsweise Beschäftigten und investieren entsprechend Geld.

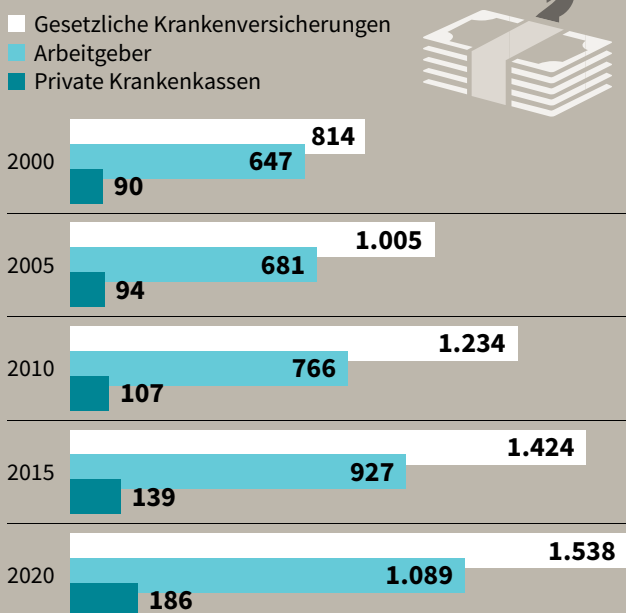
Trotz der Vorteile schrecken gerade kleinere Unternehmen oft wegen der befürchteten Mehrkosten und des Zeitaufwands vor der Einführung einer BGF zurück. Zahlreiche Studien entkräften die Sorgen jedoch und bescheinigen der BGF auch einen ökonomischen Nutzen:

Die Unternehmen sparen durch weniger Krankheitstage durchschnittlich mehr Geld ein, als ihnen durch die BGF-Programme an Ausgaben entstehen.

Eine Meta-Studie der Initiative Gesundheit und Arbeit, die 47 Studien ausgewertet hat, ergab, dass Firmen im Schnitt 2,70 Euro pro Euro eingespart haben, wenn das Geld in die betriebliche Gesundheitsförderung floss.

Immer mehr Geld für die Gesundheitsförderung

Ausgaben für die Gesundheitsförderung in Deutschland in Millionen Euro



Gesundheitsförderung: z. B. Vorbeugung spezifischer Krankheiten, Kurse und Weiterbildungen, Informations- und Aufklärungsangebote

Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes
© 2023 IW Medien / iwd

Die Pessimisten dominieren

IW-Konjunkturumfrage. Weniger Geschäfte im Jahr 2023 – damit rechnen viele Unternehmen in Deutschland. In der IW-Konjunkturumfrage hält der Abwärtstrend an. Der düstere Ausblick beschränkt sich nicht auf einzelne Wirtschaftszweige, sondern ist flächendeckend.

Ukraine-Krieg, hohe Energiepreise, Inflation – die deutsche Wirtschaft muss 2023 gleich mit mehreren Krisen und Herausforderungen zurechtkommen. Die zunehmenden Schwierigkeiten spiegelten sich auch in den letzten IW-Konjunkturumfragen wider. Sukzessive verschlechterten sich die Aussichten der Unternehmen. Und auch in der jüngsten Befragung vom November 2022 zeigt der Pfeil nach unten:

Nur noch 32 Prozent der Betriebe bewerteten ihre Geschäftslage Ende des Jahres 2022 besser als ein Jahr zuvor.

Schlechter standen nach eigener Angabe 33 Prozent der Befragten da,

was einen Negativsaldo von 1 Prozentpunkt ergibt. Im Herbst 2021 lag der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen noch bei 30 Prozentpunkten.

Entsprechend pessimistisch sind die Erwartungen der 2.549 befragten Unternehmen für 2023 (Grafik):

Bundesweit rechnen 26 Prozent der Betriebe mit einer steigenden Produktion in diesem Jahr, von einem Rückgang gehen immerhin 39 Prozent aus.

Besonders schlecht sind die Ergebnisse für Sachsen und Thüringen mit einem negativen Saldo von 29 Prozentpunkten. Auch das einwohnerstärkste Bundesland

Nordrhein-Westfalen schneidet unterhalb des Bundesschnitts ab.

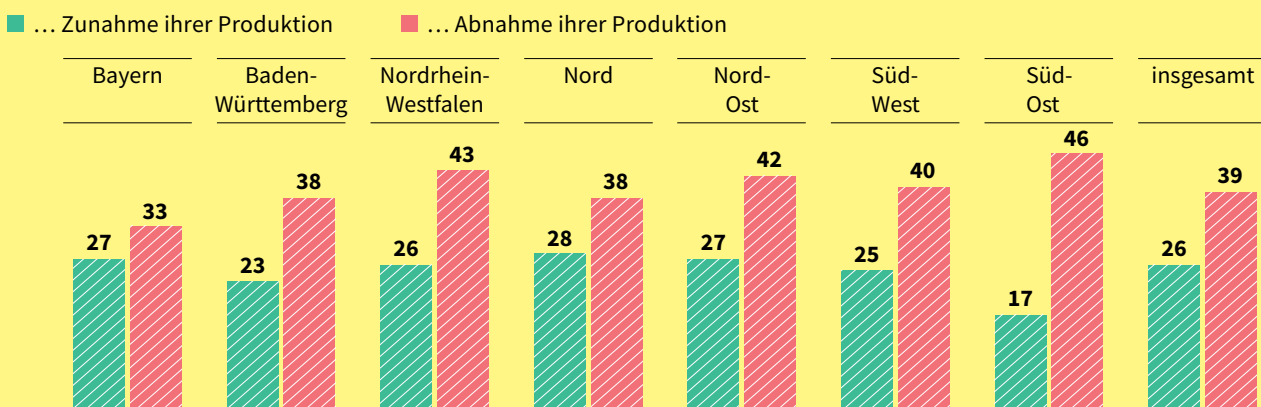
Schaut man auf einzelne Wirtschaftszweige, so sieht die Baubranche für 2023 die größten Probleme. Mehr als jedes zweite Bauunternehmen erwartet schwächere Geschäfte.

In der Industrie ziehen die Einschätzungen der Konsum- und Grundstoffindustrie die Prognose ins Negative. Auch der Dienstleistungssektor rechnet mit einer Rezession.

IW-Kurzbericht 1/2023
 Michael Grömling:
 Flächendeckende Eintrübung –
 Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage
iwkoeln.de/konjunkturumfrage

IW-Konjunkturumfrage: Produktion im Sinkflug

So viel Prozent der Unternehmen in diesen Regionen Deutschlands rechnen für das Jahr 2023 mit einer ...



Rest zu 100: keine Veränderung; Befragung von 2.549 Unternehmen im November 2022
 Nord: Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein; Nord-Ost: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt;
 Süd-West: Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland; Süd-Ost: Sachsen, Thüringen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

MINT-Jobs zahlen sich aus

Gehälter. Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – wer einen Beruf in einer dieser vier Disziplinen ergreift, verdient in der Regel deutlich besser als Erwerbstätige in anderen Jobs. Der MINT-Medianlohn pro Monat lag Ende 2021 bei 4.163 Euro brutto, der monatliche Medianlohn aller Beschäftigten lediglich bei 3.516 Euro brutto.

Augen auf bei der Berufswahl: Wer sich später über ein gutes Gehalt freuen will, sollte schon früh in Erfahrung bringen, wo er wie viel verdienen kann. Dabei zeigt sich schnell, dass die Einkommen im MINT-Bereich in Deutschland besonders gut sind – und zwar für alle Qualifikationsniveaus.

Das hat das IW in einer neuen Studie herausgearbeitet. Dafür wurden Daten aus der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit verwendet, die auf Monatswerte und Vollzeitbeschäftigte umgerechnet sind. Die Statistik hat allerdings einen Schönheitsfehler: Ältere

MINT-Experten, das sind in der Regel Akademiker, verdienen im Median – eine Hälfte der Beschäftigten bekommt mehr, die andere weniger – oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze von 6.700 Euro brutto. Die verfügbaren Angaben sind bei diesem Betrag gekappt. Deshalb fokussiert sich die IW-Studie auf Beschäftigte zwischen 25 und 44 Jahren, bei denen das Kappungsproblem nicht besteht (Grafik):

MINT-Experten zwischen 25 und 44 Jahren verdienen Ende 2021 im Median 5.313 Euro im Monat. Das sind 160 Euro mehr, als gleichaltrige Experten aller Berufe verdienen.

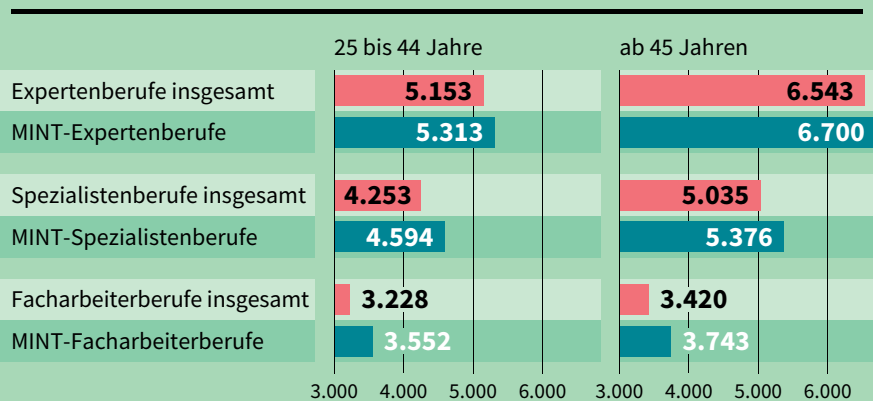
Noch deutlicher ist die Gehaltsdifferenz zwischen den unter 45-Jährigen bei den MINT-Spezialisten – das sind beispielsweise Meister – und bei den Facharbeitern. Hier liegt das Lohnplus bei 341 beziehungsweise 324 Euro.

Auch wenn alle MINT-Berufe überdurchschnittlich entlohnt werden, gibt es einige, die besonders lukrativ sind. Auf Experten-Ebene sind das vor allem Ingenieurberufe. So bekommt ein Angestellter unter 45 Jahren in der technischen Forschung und in der Produktionssteuerung bereits 5.856 Euro brutto im Monat. Unter den MINT-Spezialisten ist das Einkommen in den Tätigkeitsbereichen Kunststoffherstellung und Chemische Industrie mit 4.891 Euro besonders hoch. Und bei den MINT-Fachkräften verdienen Personen in IT-Berufen mit monatlich 4.185 Euro am besten.

Doch nicht nur die Einkommen, auch die Perspektiven sind in den MINT-Berufen rosarot: Der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Dekarbonisierung und Tendenzen zur Deglobalisierung verlangen nach mehr qualifiziertem Personal. Gleichzeitig ist schon heute die MINT-Fachkräftelücke riesig.

MINT-Jobs sind überdurchschnittlich gut bezahlt

Medianmonatslöhne von Vollzeitbeschäftigten nach Altersgruppen zum 31.12.2021



Medianlöhne: Die eine Hälfte der Beschäftigten verdient weniger, die andere mehr

Experten: in der Regel Akademikerberufe; Spezialisten: in der Regel Meister-/Technikerberufe; Facharbeiter: in der Regel Ausbildungsberufe

MINT-Expertenberufe: Der tatsächliche Medianlohn ab 45 Jahre liegt höher als 6.700 Euro. Doch bei diesem Betrag ist die Beitragsbemessungsgrundlage erreicht und die für die Beschäftigtenstatistik herangezogenen Meldungen an die Sozialversicherungen werden bei diesem Wert gekappt

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 106/2022

Christina Anger, Axel Plünnecke:
MINT gewinnt: Hohe Löhne in den MINT-Berufen
iwkoeln.de/mint-gewinnt

Die IT-Branche wächst

Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften im IT-Bereich steigt. Um ihr gerecht zu werden, muss die Politik bereits in der Schule ansetzen und die digitale Ausbildung der Schülerinnen und Schüler verbessern.

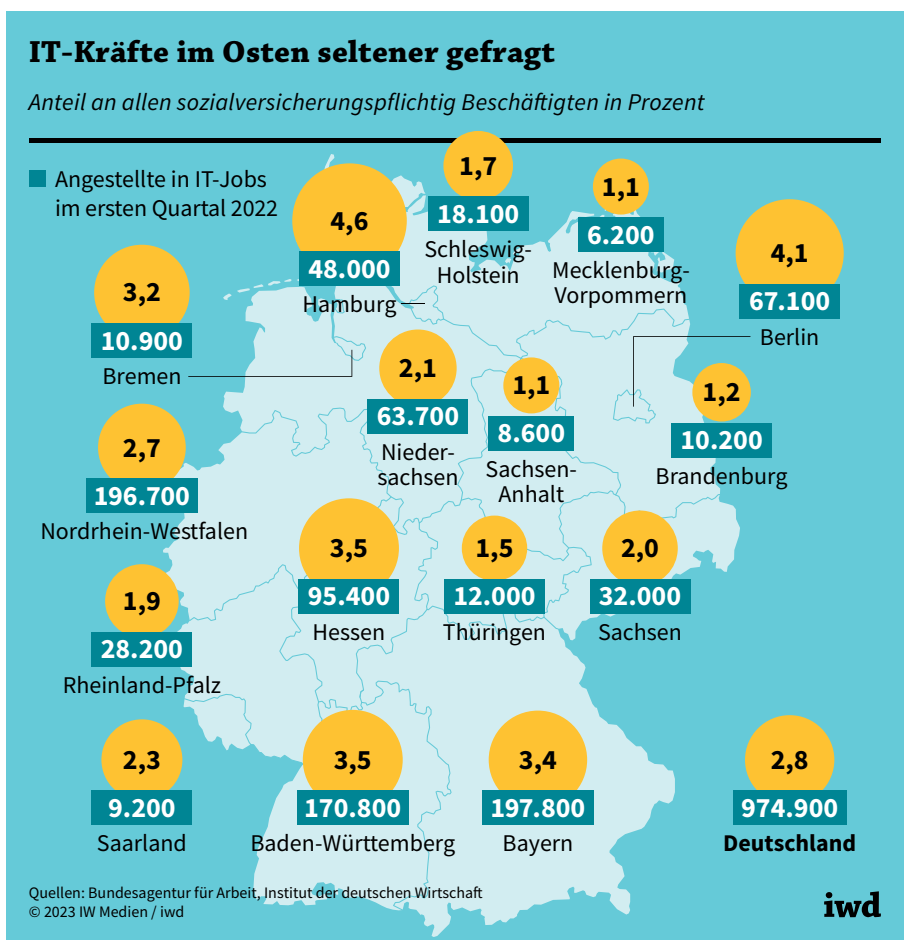
Der Datenmarkt boomt und Unternehmen profitieren auf unterschiedliche Weise von datengetriebenen Geschäftsmodellen. Daher sind IT-Kräfte immer stärker gefragt: Zwischen dem vierten Quartal 2012 und dem ersten Quartal 2022 ist der Anteil der Angestellten in IT-Jobs an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland von 2,1 auf 2,8 Prozent gestiegen. Je nach Bundesland unterscheidet sich die Quote allerdings stark (Grafik):

Der Anteil war in Hamburg und in Berlin mit 4,6 beziehungsweise 4,1 Prozent am höchsten, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 1,1 Prozent am niedrigsten.

Generell gilt: Je ländlicher das Gebiet, desto seltener arbeiten dort Menschen in IT-Jobs. Während der Anteil der Angestellten in der Informationstechnologie im ersten Quartal 2022 in kreisfreien Großstädten 4,3 Prozent betrug, waren es in dünn besiedelten ländlichen Kreisen lediglich 1,1 Prozent.

Um der steigenden Nachfrage nach IT-Kräften in Zukunft gerecht zu werden, sollte die Politik jetzt bei der digitalen Ausbildung von Schülerinnen und Schülern ansetzen. Zielführende Maßnahmen wären:

Digitale Ausstattung der Schulen verbessern. Lehrkräften sollten digitale Geräte wie Dienstlaptops zur Verfügung gestellt werden. Und alle Schulklassen sollten mit der für einen digital gestützten Unterricht erforderlichen Hard- und Software



ausgestattet werden. Grundvoraussetzung hierfür ist ein flächendeckender Breitbandausbau.

Konzepte für die Umsetzung der Digitalisierung erstellen. Neben der Anschaffung von digitalen Unterrichtsmaterialien braucht es methodische Konzepte, wie diese zielführend eingesetzt werden.

Digitale Ausbildung der Lehrkräfte verbessern. Hierzu gehören verbindliche Fortbildungen und Lehrplangvorgaben zur Integration digitaler Technologien im Unterricht.

Schulfach Informatik ausweiten. Das Fach sollte bundesweit in möglichst vielen Jahrgangsstufen verpflichtend unterrichtet werden.

IT-Unterstützung an Schulen ausbauen. Schulen sollten auch IT-Experten beschäftigen. Bei einer halben Stelle pro weiterführender sowie berufsbildender Schule sind dafür 20.000 Arbeitskräfte nötig.

Der Rückhalt schwindet

Betriebsräte. Mitbestimmen im Unternehmen – das können Beschäftigte über einen Betriebsrat. Doch die Zahl der Arbeitnehmervertretungen geht seit den 1990er Jahren zurück. Und auch das Interesse am Gremium scheint zu sinken, wie eine Auswertung des Betriebsratswahljahres 2022 zeigt.

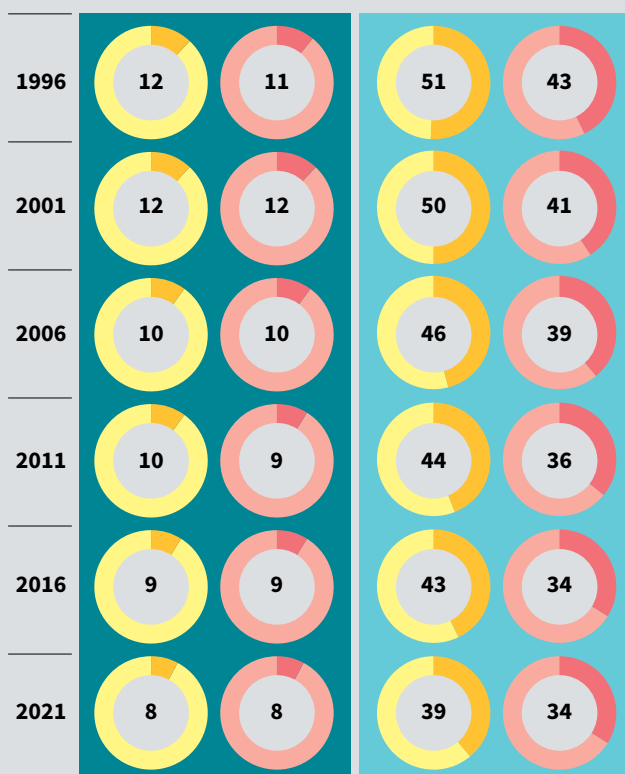
Betriebliche Mitbestimmung ist rückläufig

in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten

■ Westdeutschland ■ Ostdeutschland

So viel Prozent der Betriebe hatten einen Betriebsrat

So viel Prozent der Beschäftigten arbeiteten in Betrieben mit einem Betriebsrat



Quelle: Ellguth/Kohaut (2022)
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Fünf ist die magische Grenze. Ab so vielen Angestellten darf die Belegschaft eines Betriebs in Deutschland einen Betriebsrat gründen. Seit 1972 sind die Regelungen zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betriebsverfassungsgesetz festgeschrieben. Gewählt wird seit 1990 im Rhythmus von vier Jahren.

Das Recht zur Gründung eines Betriebsrats wird in Firmen aber immer seltener in Anspruch genommen (Grafik):

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland hatten im Jahr 2021 nur 8 Prozent der berechtigten Unternehmen einen Betriebsrat.

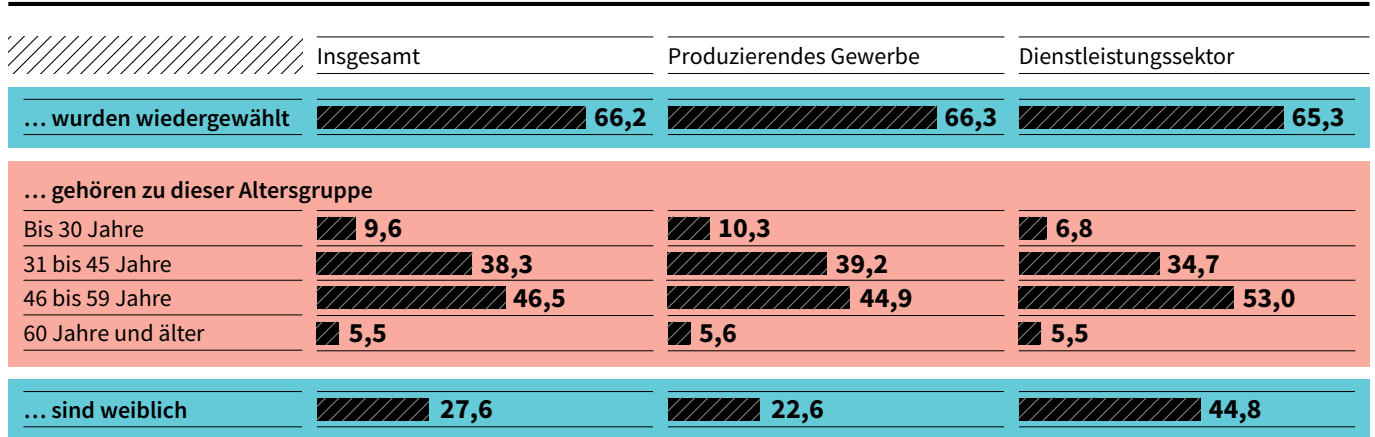
Im Jahr 1996 lag der Anteil noch bei 12 beziehungsweise 11 Prozent. Auch die Zahl der Angestellten, die von den Gremien vertreten wird, ist in den vergangenen Jahrzehnten gesunken. So arbeiteten im Jahr 2021 im Westen 39 und im Osten 34 Prozent der Beschäftigten in einem Unternehmen mit Betriebsrat. Im Jahr 1996 wurden noch 51 beziehungsweise 43 Prozent der Beschäftigten durch einen Betriebsrat vertreten.

Diese Entwicklung lässt sich auf zwei Gründe zurückführen: Zum einen verschwinden Betriebsräte schlicht deswegen, weil ihre Unternehmen nicht mehr fortbestehen. Zum anderen gründen Mitarbeiter trotz eines 2001 eingeführten vereinfachten Wahlsystems weiterhin nur selten einen neuen Betriebsrat.

Da im Jahr 2022 erneut gewählt wurde, hat das Institut der deutschen Wirtschaft die Zusammensetzung der Betriebsräte, ihren Gewerkschaftsanteil sowie die allgemeine Wahlbeteiligung genauer untersucht. Insgesamt befragte das IW rund 750 Unternehmen in Deutschland, in denen 240.000 Wahlberechtigte tätig sind. 73 Prozent der Betriebe, die teilgenommen haben, sind dem Produzie-

Betriebsräte sind meist älter und männlich

So viel Prozent der bei den Betriebsratswahlen 2022 gewählten Betriebsräte ...



Befragung von rund 750 Unternehmen mit insgesamt rund 240.000 wahlberechtigten Beschäftigten

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



renden Gewerbe zuzuordnen, 27 Prozent dem Dienstleistungssektor. Grundsätzlich lässt sich sagen:

Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto größer ist auch der Rückhalt für den Betriebsrat in der Belegschaft.

Am besten schnitten bei den Wahlen im Frühjahr 2022 unter diesem Aspekt Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern ab. Drei Viertel der Beschäftigten nutzten hier ihr Stimmrecht und wählten ihre Vertretung. Mit steigender Firmengröße sank die Wahlbeteiligung. In den Unternehmen mit 250 bis 1.000 Angestellten wählten gut 65 Prozent einen neuen Betriebsrat, in größeren Konzernen gingen nur knapp 54 Prozent an die Urne. Über alle Betriebsgrößen hinweg gaben 69 Prozent der Wahlberechtigten ihr Votum ab. Im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2018 ist das ein Rückgang von rund 5 Prozentpunkten.

Große Konstanz gibt es dagegen sowohl in der Industrie als auch in der Dienstleistungsbranche bei der Zusammensetzung der Betriebsräte (Grafik):

Zwei Drittel der Betriebsratsmitglieder in Industrie und im Dienstleistungssektor wurden im Frühjahr 2022 wiedergewählt.

Bereits bei vorherigen Wahlen waren solche Ergebnisse zu beobachten. Erfahrung in der Arbeit als Betriebsratsmitglied scheint demnach eine wichtige Rolle zu spielen. Entsprechend sind die Gremiumsmitglieder im Schnitt eher ältere Beschäftigte. Mehr als die Hälfte von ihnen ist 46 Jahre alt oder älter. Weniger als 10 Prozent sind jünger als 30 Jahre.

Einen großen Unterschied, was das Alter angeht, gibt es zwischen Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungssektor nicht. Wohl aber bei der Frage nach dem Geschlecht:

In der Industrie ist gut jeder fünfte Betriebsrat weiblich, in der Dienstleistungsbranche sind es fast 45 Prozent.

Zusammengenommen liegt der Frauenanteil in den Betriebsräten der Unternehmen, die sich an der Studie beteiligt haben, bei knapp 28 Prozent. Betrachtet man nur die Betriebsratsvorsitzenden, sinkt der Anteil auf etwa 18 Prozent.

Große Unterschiede gibt es zwischen den Wirtschaftszweigen auch beim Thema Gewerkschaften. So ist im Produzierenden Gewerbe die Hälfte der Betriebsräte Mitglied in einer Arbeitnehmerorganisation. Der Dienstleistungssektor hinkt mit rund 12 Prozent deutlich hinterher. Zur Einordnung: In Deutschland sind rund 17 Prozent der Arbeitnehmer Teil einer Gewerkschaft.

Im Vergleich zur Wahl 2018 ist die Zahl der Unternehmen, in denen kein Betriebsratsmitglied Teil einer Gewerkschaft ist, stark gestiegen. Eine solche Situation gibt es derzeit in jeder zweiten befragten Firma. Die IW-Auswertung zeigt: In Unternehmen mit gewerkschaftlichen Betriebsräten werden die gesetzlich festgelegten Freistellungen für Gremiumsmitglieder häufiger übererfüllt. Gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Betriebsräte vollständig von ihrer eigentlichen Arbeit freistellen lassen, um ihrer Tätigkeit als Arbeitnehmervertreter nachzugehen.

Aus IW-Trends 4/2022

Christian Kestermann, Hagen Lesch, Oliver Stettes:
Betriebsratswahlen 2022 – Ergebnisse der IW-Betriebsratswahlbefragung
iwkoeln.de/betriebsraete

Die Quadratur der Frührente

Altersversorgung. Wer will, kann in Deutschland – entweder mit Abschlägen oder bei entsprechenden Versicherungszeiten sogar ohne – früher in Rente gehen. Neuerdings dürfen Frührentner sogar unbegrenzt hinzuverdienen. Das IW hat berechnet, welche Folgen das für das Rentensystem und die Beitragszahler hat.

Es klingt paradox, ist in Deutschland mittlerweile allerdings Realität: Einerseits fehlen Hunderttausende Fachkräfte und die Tendenz ist wegen des demografischen Wandels stark steigend; andererseits setzt der Staat immer neue Anreize für die Frührente. Bereits 2014 hat er die abschlagsfreie vorzeitige Rente für besonders langjährig Versicherte eingeführt. Wer weniger als 45, aber mindestens 35 Versicherungsjahre nachweisen kann, darf ebenfalls ab 63 in Rente, muss dafür aber Ab-

schläge in Kauf nehmen. Seit dem 1. Januar 2023 gibt es außerdem keinerlei Hinzuverdienstgrenzen für Rentner mehr: Wer – mit oder ohne Abschläge – vorzeitig in Rente geht, darf danach so viel arbeiten, wie er oder sie will und bekommt parallel die Altersversorgung ausgezahlt.



Was diese Gemengelage für die Rentenversicherung und die Beitragszahler bedeutet, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht. Die IW-Experten gingen der Frage nach, welche Abschläge bei der

Frührente aus versicherungsmathematischer Sicht fair wären, stellten aber auch klar, dass diese vermeintliche Fairness allein nicht ausreicht, um das Rentensystem zukunftsfest zu machen.

Doch der Reihe nach: Aktuell darf man bis zu drei Jahre früher aus dem Beruf ausscheiden und bezahlt das mit einem Abschlag von 0,3 Prozent pro Monat auf die künftige Rente, das entspricht einem Minus von 3,6 Prozent pro Jahr und maximal minus 10,8 Prozent, wenn der

Abschläge bei Frührente: Zu wenig Verzicht

Vergleich der prozentualen gesetzlichen Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug mit budgetneutralen Abschlägen, die die Rentenkasse nicht zusätzlich belasten würden – jeweils mit dem kalkuliertem Beitragsausfall, der durch die Frührente entsteht und zusätzlich kompensiert werden muss

Renten-eintrittsalter (Beitragsjahre)	Gesetzlicher Abschlag	Budgetneutraler Abschlag für			
		Frauen 		Männer 	
		Ohne ...	Mit ...	Ohne ...	Mit ...
		... kalkulatorischem Beitragsausfall			
65 (44) Jahre	3,6	3,9	6,9	4,6	5,9
64 (43) Jahre	7,2	7,4	13,3	8,7	11,5
63 (42) Jahre	10,8	10,6	19,4	12,4	16,9

Berechnungsgrundlage: Barwert der vorgezogenen Altersrente eines Beitragszahlers mit jährlich durchschnittlichen sozialversicherungspflichtigen Entgelten in Relation zum Standardrentenfall mit Renteneintritt bei Erreichen der Regelaltersgrenze von 66 Jahren und einer jährlichen Rentenerhöhung um 1,5 Prozent. Die unterstellte Rentenbezugsdauer für Männer beträgt 18 Jahre, für Frauen 21 Jahre.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Renteneintritt drei Jahre vorgezogen wird.

Da die durchschnittliche Lebenserwartung bekannt ist, kann für jeden Bundesbürger der sogenannte Barwert der Rente berechnet werden, also die Gesamtsumme aller Auszahlungen bis zum Tod eines Durchschnittsrentners. Werden diese Werte nun für Frauen und Männer getrennt voneinander berechnet und in Relation zu den gesetzlich vorgesehenen Abschlägen für einen verfrühten Renteneintritt gesetzt, zeigt sich (Grafik):

Für Frauen ist der gesetzliche Abschlag bei vorzeitigem Rentenbezug annähernd korrekt – sie leben im Durchschnitt länger und verzichten dadurch im Lauf der Zeit auf mehr Geld. Bei Männern ist der Abschlag indes um bis zu 1,6 Prozentpunkte zu niedrig angesetzt.

Diese Rechnung zielt allerdings einzig darauf ab, dass der vorgezogene Renteneintritt **budgetneutral** erfolgt, dass also bis zum statistischen Ableben der Frührentner alle Kosten gedeckt sind, die durch die vorgezogenen und damit zusätzlichen Rentenzahlungen verursacht worden sind.

Mindestens genauso wichtig ist es indes, dass die Möglichkeiten der Frührente aus Perspektive der Beitragszahler **belastungsneutral** erfolgen. Das heißt, die Beitragszahler sollen nicht mehr als bisher einzahlen müssen, um den Vorruhestand anderer zu finanzieren. Das ist leichter gesagt als getan. Denn wann immer ein früherer Renteneintritt in Anspruch genommen wird, muss der

von den Beitragszahlern vorfinanziert werden – selbst dann, wenn die monatliche Rente auf lange Sicht niedriger ausfällt und sich die anfänglichen Mehrkosten bis zum Tod egalisieren.

Damit die Frührente budget- und beitragsneutral ausfällt, müssten die gesetzlichen Abschläge deutlich höher sein.

Hinzu kommt für Deutschland, dass die geburtenstarken Jahrgänge bald in Rente gehen. Das heißt, dass die Belastung für die Beitragszahler selbst dann steigt, wenn gar kein höherer Anteil Personen die Frührente nutzt – einfach nur, weil die entsprechenden Alterskohorten besonders groß sind.

Entsprechend zeigen die IW-Berechnungen, die neben der Budgetneutralität zusätzlich die Beitragsneutralität zum Ziel haben, dass die gesetzlichen Abschläge noch einmal deutlich höher ausfallen müssten – in diesem Fall für Frauen sogar umfassender:

Soll die Frührente budgetneutral sein und den kalkulatorischen Beitragsausfall ausgleichen, müsste der Abschlag bei Frauen bis zu 19,4 statt 10,8 Prozent betragen, bei Männern 16,9 Prozent.

Allerdings liegt dieser Berechnung eine eher extreme Interpretation der Regelaltersgrenze zugrunde – schließlich darf jeder Rentenversi-

cherte frei entscheiden, wie lange er arbeitet. Meint: Er oder sie könnte sich beispielsweise auch ohne vorzeitigen Rentenbezug bis zur Regelaltersgrenze mit zuvor angespartem Kapital finanzieren.

Gleichwohl zeigen die Berechnungen, wie umfassend die zusätzlichen Belastungen für die nachfolgenden Generationen ausfallen, wenn so starke Anreize für einen frühen Renteneintritt gesetzt werden – auch in Form der unbegrenzten Hinzuverdienstmöglichkeiten für Frührentner. Denn die können den Verlust durch die gesetzlichen Abschläge je nach Haushaltskonstellation oft mehr als ausgleichen, wenn sie weiterarbeiten und gleichzeitig ihre Rente vorzeitig ausbezahlt bekommen.

Deshalb sollte die Bundesregierung zeitnah prüfen, ob immer mehr Menschen früher in Rente gehen und dann umfassend hinzuverdienen. Bereits während der Corona-Pandemie gab es diese Möglichkeit in eingeschränkter Form, wurde aber bislang kaum genutzt. Sollte sich das Hinzuverdienen allerdings zu einem Massenphänomen entwickeln, würde der Fachkräftemangel zwar wie von der Politik gewünscht gegebenenfalls abgeschwächt, allerdings auf Kosten der Beitragszahler der gesetzlichen Rentenversicherung.

Aus IW-Trends 4/2022

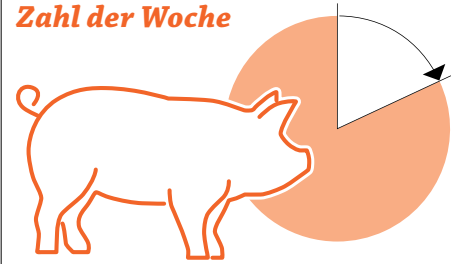
Jochen Pimpertz: „Versicherungsmathematisch faire“ Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug – eine systematische Betrachtung der Budget-, Belastungs- und Anreizneutralität iwkoeln.de/frührente

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



Um **18,2 Prozent**

ist der Schweinebestand in Deutschland seit 2020 zurückgegangen. Zum Stichtag der Erhebung – 3. November 2022 – wurden in der Bundesrepublik 21,3 Millionen Schweine gehalten. Das sind knapp 2,5 Millionen weniger als 2021 und rund 5 Millionen weniger als 2020. Auch die Zahl der Betriebe sinkt. Verglichen mit 2012 brach sie um satte 43,3 Prozent ein – von 29.800 auf 16.900.

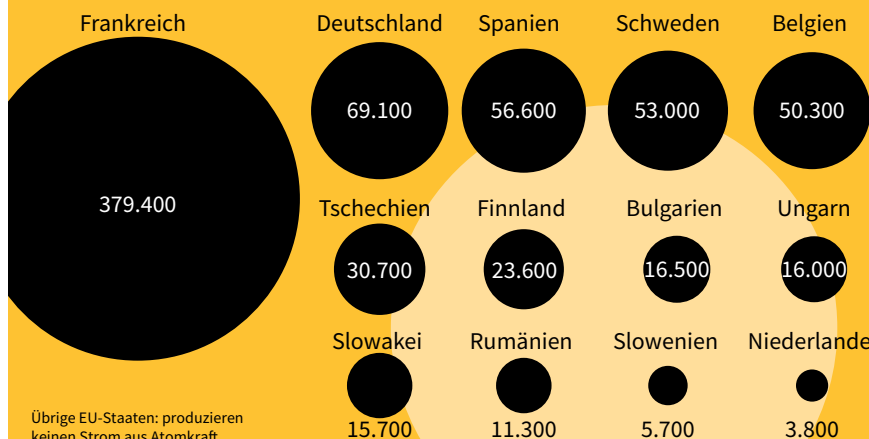
Ein Grund für den Rückgang sind neben dem seit Jahren sinkenden Schweinefleischkonsum die gestiegenen Preise für Energie, Futter- und Düngemittel. Das bringe viele landwirtschaftliche Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten, meldet das Statistische Bundesamt. So lagen die Produzentenpreise für tierische Erzeugnisse im Oktober 2022 fast 47 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Top-Liste: Atomstrom

In der EU produzierten 13 Staaten im Jahr 2021 Atomstrom. Sie steuerten damit rund ein Viertel zur Gesamtmenge des in den Mitgliedsstaaten erzeugten Stroms bei. Gut die Hälfte des gesamten EU-Atomstroms stellte Frankreich her. Nimmt man noch die Mengen hinzu, die Deutschland, Spanien, Schweden und Belgien produzierten, stehen diese fünf Länder für mehr als 83 Prozent des in der EU erzeugten Atomstroms. In Frankreich machte Strom, der mithilfe von Atomkraft produziert wurde, im Jahr 2021 fast 69 Prozent der dort erzeugten Gesamtstrommenge aus, in der Slowakei waren es rund 52 Prozent und in Belgien gut 50 Prozent. Vergleichsweise niedrig waren die Atomstromanteile in Deutschland mit knapp 12 Prozent sowie in den Niederlanden mit 3 Prozent.

Atomenergie: Frankreich mit weitem Abstand vorn

So viele Gigawattstunden Strom produzierten die EU-Staaten im Jahr 2021 mittels Atomkraft



Übrige EU-Staaten: produzieren keinen Strom aus Atomkraft

Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

EU insgesamt 731.700



Neu

Neu auf iwd.de:



Herumliegende Rohstoffreserven

Rein rechnerisch liegen in deutschen Schubladen und Kisten so viele ungenutzte alte Handys herum, dass sich damit der heimische Materialbedarf für neue Smartphones zehn Jahre decken ließe. Welche Potenziale das Urban Mining noch bietet, lesen Sie auf iwd.de/urbanmining.